



Beschluss der digitalen Landesdelegiertenversammlung des BUND Rheinland-Pfalz am 29.5.2021:

Antrag: A002: Fernstraßenmoratorium

Verkehrspolitik zukünftig klimagerecht, naturschonend und sozial gestalten.

Der Bau von Bundesfernstraßen in Rheinland-Pfalz soll politisch und juristisch gestoppt werden, insbesondere soll der Weiterbau von A1 (Eifel), B 10 (Pfälzerwald) und A 643 (Mainzer Sand) verhindert werden.

1. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland BUND, Landesverband Rheinland-Pfalz, fordert von allen Entscheidungsgremien auf kommunaler Ebene sowie Landes- und Bundesebene eine umfassende Verkehrswende, die den Zielen des Pariser Klimaabkommens gerecht wird, die unsere Naturräume schont und die allen Menschen umweltfreundliche, bezahlbare und attraktive Mobilitätsangebote macht.

2. Insbesondere die neue Landesregierung sowie die im Herbst neu zu wählende Bundesregierung werden aufgefordert, dazu die ins Uferlose fortgeschriebenen Straßenneubauten zu stoppen. Der Bundesverkehrswegeplan mit seinen über 800 Fernstraßenprojekten muss im Sinne des Klima- und Naturschutzes ausgesetzt und völlig überarbeitet werden

3. Dazu gehört insbesondere auch ein Moratorium zahlreicher Bundesfernstraßenprojekte in Rheinland-Pfalz, zum Beispiel:

- der Verzicht auf den weiteren Ausbau der Bundesstraße B 10 durch das Internationale (F/D) Biosphärenreservat Pfälzerwald/Nordvogesen zu einer vierspurigen Transitstrecke im Autobahnstandard. Die UNESCO hat dieses größte geschlossene Waldgebiet Westeuropas (3115 qkm!) wegen seiner relativen Unzerschnittenheit ins MAB Weltnetz aufgenommen. Dieser Status ist gefährdet.
- jeglichen Weiterbau der Autobahn A 1 durch die weitgehend naturnahe Eifellandschaft zwischen Dreis-Brück und Blankenheim
- die Erweiterung der Autobahn A 643 auf sechs Spuren durch das Naturschutzgebiet Mainzer Sand
- den Bau des Moselaufstiegs bei Trier und
- die Weiterplanung von Ortsumgehungen zwischen Altenkirchen und Weyerbusch im Zuge der Bundesstraßen B 8 und B50.

4. Der BUND bekräftigt seine Entschlossenheit, bei den vorgenannten Genehmigungsverfahren all seine politischen und juristischen Möglichkeiten einzusetzen, um diese Großprojekte zu stoppen. Insbesondere wird der BUND zusammen mit anderen Verbänden und Gruppierungen gegen den unmittelbar bevorstehenden Planfeststellungsbeschluss zum Weiterbau der A1 Klage beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig einreichen.

5. Die Landesdelegiertenversammlung bittet alle Gliederungen des BUND sowie ihre Mitglieder und Unterstützer*innen, denen dies finanziell möglich ist, um eine solidarische Mitfinanzierung der anstehenden Klageverfahren gegen den Bundesfernstraßenausbau in Rheinland-Pfalz.